

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5619

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5619



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

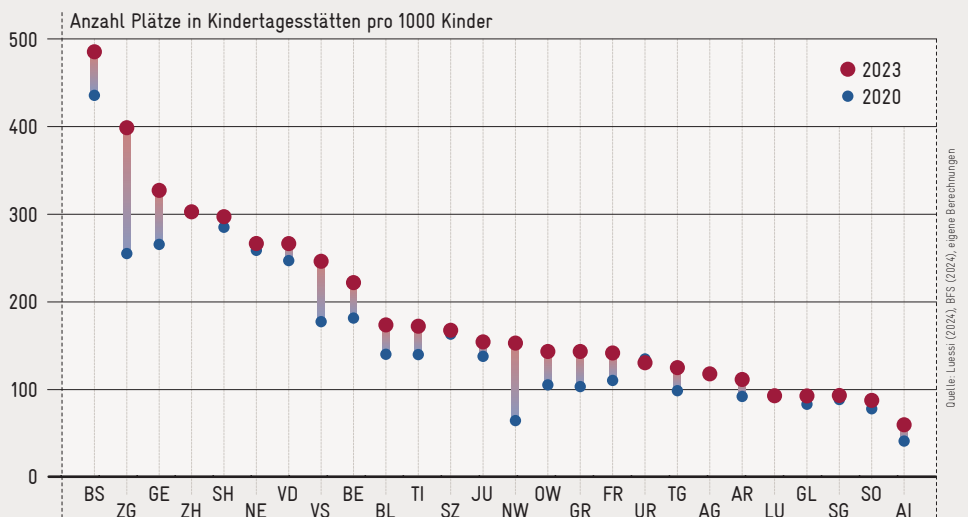
Familiennahe Kita-Politik

Gute und bezahlbare Kinderbetreuung braucht keine Bundeslösung. Die Verantwortung liegt bei den Kantonen und Gemeinden, die näher an den lokalen Bedürfnissen der Eltern sind.

Ausgangslage

Lange wurde ein Mangel an Plätzen in Kindertagesstätten (Kitas) beklagt. Mittlerweile herrscht in manchen Städten ein Überangebot. Dennoch zieht sich die Politik nicht zurück – im Gegenteil: Neben Kantonen und Gemeinden bringt sich nun auch der Bund verstärkt in die Kita-Politik ein. Das ist problematisch, weil Kantone und Gemeinden näher an den Bedürfnissen der Familien stehen. Gleichzeitig überrascht diese Entwicklung kaum: Denn mit der Kita-Politik werden ambitionierte Ziele verfolgt. Sie soll sowohl die Erwerbstätigkeit fördern als auch die frühkindliche Entwicklung unterstützen.

Mehr angebotene Kitaplätze



Seit 2020 hat sich das Angebot an Kitaplätzen in den Kantonen um durchschnittlich 20% erhöht.

Facts

4 von 10

Im Jahr 2023 besuchten rund 40% der 0- bis 3-Jährigen eine Kita. Auch Grosseltern bleiben wichtig und betreuen etwa 42% der Kinder, teils ergänzend zur Kita.

■ (Un)erreichbares Ziel

Die Kita-Politik soll die Erwerbstätigkeit der Eltern erhöhen. Doch Studien zeigen, dass Subventionen diese kaum steigern. Häufig ersetzt institutionelle Betreuung private Formen wie Grosseltern. Mehr gearbeitet wird in diesen Fällen nicht, weshalb hohe Mitnahmeeffekte entstehen.

■ Unklare Verantwortlichkeiten

In den meisten Kantonen ist die vorschulische Betreuung eine Verbundaufgabe von Gemeinden und Kantonen. Wenn sich nun auch noch der Bund permanent engagiert, untergräbt dies eine klare Aufgabenteilung.

■ Bürokratische Regulierung

Teilweise regeln Kantone äusserst detailliert, welche Anforderungen Kitas erfüllen müssen – bis hin zu Vorgaben zum Bodenbelag. Eine gewisse Regulierung ist nötig, doch ein Übermass erhöht die Kosten und reduziert die Vielfalt des Angebots.

■ Ineffiziente Förderung

Die Kantone setzen auf unterschiedliche Subventionsmodelle: Starthilfen, Defizitgarantien oder direkte Unterstützung einzelner Kitas. Nur selten kommen gezielte Instrumente wie Betreuungsgutscheine zum Einsatz.

Empfehlungen

Eine zweckmässige Kita-Politik ruht auf drei Säulen: Erstens ist sie dort am wirksamsten, wo die Familien direkt davon profitieren – in den **Gemeinden**. Dort können sie ihre Präferenzen einbringen und tragen zugleich auch die Kosten ihrer Entscheide. Zweitens

sollte eine allfällige **Förderung direkt an die Eltern** fliessen, idealerweise über Betreuungsgutscheine. Dies erlaubt eine gezielte Unterstützung und freie Wahl zwischen verschiedenen Betreuungsangeboten. Drittens gilt es, Kita-Betreibenden möglichst wenige **unnötige Hürden** in den Weg zu stellen.

